

# Das geht nur ganz anders!

## **Soziale Gerechtigkeit und gleiche Rechte für alle durchsetzen: hier und überall!**

Die große Koalition führt die „Reformpolitik“ der Agenda 2010 fort, die sich alleine an den "Sachzwängen" der globalisierten Märkte und den Plänen des Weltwährungsfonds (IWF) orientiert. Die Gewerkschaften gehen für Verteilungsgerechtigkeit, Generationensolidarität und eine solidarische Gesundheitsreform auf die Straßen. Eine andere Politik wird sich aber nur durchsetzen lassen, wenn die Kollegen in den Betrieben und die Initiativen der Erwerbslosen, die Schüler/innen und Studierenden, die verschiedenen Initiativen in den sozialen, ökologischen und antirassistischen Bewegungen diese notwendige Auseinandersetzung gemeinsam führen; in der Bundesrepublik, in Europa und weltweit.

- statt Armutslöhne und Hartz IV: ein gesetzlicher Mindestlohn und eine repressionsfreie Grundsicherung müssen armutsfest sein.
- statt Rente mit 67: Arbeitszeitverkürzung, eine faire Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit und die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.
- statt Altersarmut: eine angemessene Rentenanpassung und eine armutsfeste Grundrente.
- statt EU-(Bolkenstein-)Dienstleistungsrichtlinie: Verbesserung der sozialen Standards – hier, in Europa und überall.
- statt Studiengebühren: kostenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule und ein elternunabhängiges, darlehensfreies BAFöG.
- statt einem gescheiterten Ausbildungspaktes: ein Ausbildungsplatzgesetz – wer nicht ausbildet muss zahlen.
- statt „national befreite Zonen“: für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft.
- statt einem repressiven Maßnahmenstaat: Residenzpflicht für Asylsuchende und Erwerbslose abschaffen sowie globale, soziale und demokratische Grundrechte durchsetzen.

**„Demokratie bedeutet Einmischung in die eigenen Angelegenheiten“** (Daniela Dahn)

**Kommt am 21. Oktober 2006, um 11:00 Uhr, zur Demonstration vom Roten Rathaus (Spandauer Straße) zur DGB-Kundgebung am Brandenburger Tor**

# Das geht nur ganz anders!

## **Kommt am 21. Oktober zu einer breiten und bunten Demonstration für eine gerechte, solidarische und demokratische Gesellschaft!**

**„Demokratie bedeutet Einmischung in die eigenen Angelegenheiten“** (Daniela Dahn)

Mit der Mehrwertsteuererhöhung und der Privatisierung der öffentlichen Güter werden die Lebenshaltungskosten erhöht. Gleichzeitig werden weitere Steuergeschenke an Reiche und Unternehmer verteilt. Demonstrieren wir mit möglichst allen betroffenen Menschen, Erwerbslosen und Erwerbstätigen, gegen die Einschränkung von Grundrechten besonders von Erwerbslosen und MigrantInnen, gegen die soziale Demontage und gegen Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur; für eine gerechte, solidarische und demokratische Gesellschaft.

**Setzen wir uns hier durch, wird der Weg frei für unsere Forderung nach einem Mindestlohn von 10,- Euro die Stunde. Erst mit einer repressionsfreien Grundsicherung in Höhe von 500,- Euro sind ein Leben in Würde und das Recht auf eine gesellschaftliche Teilhabe möglich. Zwingen wir, Erwerbslose und Erwerbstätige gemeinsam, die Arbeitgeber, die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf 30 Stunden zu verkürzen. Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor für gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeit.**

Seit der Einführung des Hartz IV-Gesetzes hat sich die Zahl der in Armut lebenden Kinder verdoppelt. Die sozialen Sicherungssysteme in dieser Republik werden systematisch zerstört, wenn immer mehr Menschen im Niedriglohnsektor trotz Erwerbsarbeit keine Beiträge in die Sicherungssysteme einzahlen können: Für die soziale Sicherung müssen alle Einkommensarten - ohne Bemessungsgrenze - herangezogen werden. Von Arbeit muss man leben können und ohne Arbeit auch. Ohne ein ausreichendes Einkommen werden die grundlegenden Rechte auf Bildung, Mobilität und legale Bewegungsfreiheit vorenthalten.

## **Schluss mit den “Reformen“ gegen uns!**

**Unterzeichner des Aufrufes:**

Roland Klautke (attac Berlin / Soziales Aktionsbündnis Berlin), Sigrid Graumann (Berliner Sozialforum), Holger Werner (Kampagne Musik gegen Gewalt), Katja Kipping (Bundesvorstand Linkspartei/Netzwerk Grundeinkommen), Rainer Wahls (Aktionsbündnis Sozialproteste / Bündnis 3. Juni), Peter Grottian (Berliner Sozialforum / Aktionsbündnis Sozialproteste), Andrea Schulteisz (Soziales Aktionsbündnis Berlin / WASG Berlin), Rene Held (HoPo-Referent des Refrats der Humboldt-Universität), Reinhard Schult (NEUES FORUM / Berliner Sozialforum), Elke Reinke (WASG/IG Contra Sozialabbau Aschersleben)

**Aufrufer für die Demonstration:**

Antifaschistische Linke Berlin, Bezirkserwerbslosenausschuss ver.di Berlin, **GEW Berlin, IG B.A.U. – Bezirksverband Berlin**, IG Metall – Verwaltungsstelle Berlin, Interventionistische Linke, ver.di Bezirk Berlin, SchülerInnenbündnis "Bildungsblockaden einreißen!"